

ANFANG OHNE ZAUBER

JANUAR 2017 IN DER ELFENBEINKÜSTE

Die Parteivorsitzenden der Regierungskoalition in der Elfenbeinküste hatten klare Vorstellungen vom Ablauf der Wahlen zum Parlament im Dezember 2016 und von den Nominierungsverfahren innerhalb der Parteien. Die Parteimitglieder folgten diesen jedoch nur sehr bedingt. Die allgemeine Unzufriedenheit brach sich erst recht nach Jahresbeginn Bahn.

Noch am Altjahrsabend 2016 war die Welt in der Elfenbeinküste in Ordnung. In seiner Neujahrsansprache lobte der ivorische Präsident Alassane Ouattara die neue Verfassung: Sie „beinhalte keine konfliktträchtigen Elemente mehr.“

Das Staatsoberhaupt sah damit sein ein Jahr altes Versprechen eingelöst, die Elfenbeinküste den Herausforderungen der heutigen Zeit anzupassen. Auch die Wiederveröhnung habe Fortschritte gemacht. Institutionelle Reformen im kommenden Jahr würden die Dritte Republik nun funktionsfähig machen. Den Anfang mache die neue Nationalversammlung, deren Abgeordnete – dem Willen des Präsidenten folgend - zur Konsolidierung des Landes beitragen würden. Im Januar dann werde der Vize-Präsident nach Artikel 79 der neuen Verfassung ernannt.

Das ideale Bild, welches der Präsident malt, scheint allerdings Risse zu haben. Vom Ergebnis her gedacht, sind die Reformen durchgeführt, die Verfassung angenommen und die Wahlen konfliktlos verlaufen. Aber allein der Weg dorthin war mehr als steinig.

Als Ouattara den Verfassungsentwurf, den ihm nahestehende Experten in Rekordzeit vorbereitet hatten, im Oktober 2016 vor der Nationalversammlung vorstellte, hob er sei-

ne Absicht hervor, dem Land eine moderne Verfassung zu geben, die „die Rechte und Pflichten aller Bürger stärken würde“. Endgültig werde jetzt „ein Schlusspunkt unter alle Krisen gesetzt, eine neue Seite der Geschichte werde aufgeschlagen und ein neuer Gesellschaftsvertrag vorgeschlagen, der die ‚Thronbesteigung‘ der Dritten Republik sichtbar bestätigen würde“. Deutlicher konnte der Präsident den Beginn einer neuen Ära nicht verkünden.

Geringe Wahlbeteiligung und Unzufriedenheit

Seit dem 30. Oktober 2016 hat die Elfenbeinküste eine neue Verfassung. Sie wurde in einem Referendum mit 93,42 Prozent aller abgegebenen Stimmen angenommen. Das Ergebnis stellte zwar den Präsidenten zufrieden, der dabei jedoch wie bereits bei seiner Wahl 2015 die schwache Wahlbeteiligung geflissentlich übersieht. Kaum mehr als 42 Prozent aller Ivorer gingen zu den Wahlurnen. Auch trotz der formalen Zustimmung blieb doch bei vielen Ivorern das Gefühl zurück, nicht im gewünschten Maße beteiligt worden zu sein.

Unbehagen warf auch bei manchen die angedachte Einführung eines vom Volk gewählten Vize-Präsidenten auf, der im Falle einer Vakanz die Staatsführung bis zum nächsten regulären Wahltermin übernehmen soll. Der Vize-Präsident kann auch als Konkurrent zum Premierminister gesehen werden. Schließlich ist die Kompetenzverteilung zwischen beiden nicht genau definiert. Auf jeden Fall schmälert der neue Mann den Glanz des Postens des Präsidenten der Nationalversammlung, da er statt diesem von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

Januar 2017

www.kas.de/westafrika

jetzt an die Nummer zwei in der Rangfolge der Elfenbeinküste sein wird.

Nicht allein Alassane Ouattara hat Grund, wie ein Rufer im Wald gegenwärtig umso lauter die Umsetzung seiner persönlichen und politischen Agenda zu beschwören. Auch sein Koalitionspartner Henri Konan Bédié, Präsident der PDCI, hatte schon seit längerem Anlass, an der Gefolgschaft seiner eigenen Parteibasis zu zweifeln. Diese Sorge hat bereits eine längere Geschichte, erhielt aber in den letzten Monaten des Jahres eine besondere Dynamik.

Machthandel in der Regierungskoalition

Seit 2011 wird die Elfenbeinküste von einer Koalition aus PDCI und RDR regiert. PDCI und RDR teilen sich die Macht. Für Kandidatur und Ablauf der Präsidentschaftswahlen 2015, für die Parlamentswahlen 2016 sowie für die Jahre danach bis zu den Präsidentschaftswahlen 2020 hatten Ouattara und Bédié gemeinsam einen – wie sie beide meinten für alle verbindlichen – Fahrplan aufgestellt.

Henri Konan Bédié hatte im September 2014 im Appell von Daoukro den Verzicht der PDCI auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2015 angekündigt. Stattdessen hat die PDCI Präsident Ouattara unterstützt. Der Lohn für den Verzicht 2015: fünf Jahre später werde nach dem Ablauf der Amtszeit von Ouattara die PDCI das Recht haben, allein einen Präsidentschaftskandidaten für die Koalition RHDP zu stellen und damit – so die Idealvorstellung des Vorsitzenden der PDCI – wieder jene Machtposition zu erringen, die sie als Einheitspartei bis 1990 gehabt hatte.

Dieser Handel war ein Teil der Strategie, auf die sich die beiden Parteipräsidenten Ouattara und Bédié verständigt hatten. Der zweite Teil sah die schrittweise Wiedervereinigung von PDCI und RDR vor. Sie wird in zahllosen Verlautbarungen und auf öffentlichen Kundgebungen postuliert. Die Festveranstaltung aus Anlass des 70. Geburtstages der PDCI im Frühjahr 2016 feierte noch Tradition, Geschichte und Erfolg einer Par-

tei, von der viele ihrer Mitglieder jetzt meinen, sie sei dabei, sich selber aufzugeben.

Allein die Rechnung haben die Parteiobere ohne den Wirt – sprich: die Basis – gemacht. Schon seit September 2014 brodet es in beiden Parteien. Vor allem die Jugend der PDCI ist nicht damit einverstanden, dass ihre Zukunftschancen durch den geplanten Handel ihres Vorsitzenden zunichte gemacht werden. Dementsprechend unterstützte sie schon bei den Präsidentschaftswahlen 2015 diejenigen Prominenten aus den Reihen der PDCI, die sich entgegen der Abmachung der Parteispitze dennoch als Kandidaten zur Wahl gestellt haben. Je größer die parteiinterne Opposition wurde, desto mehr pochte die Leitung der PDCI darauf, dass ihr Fahrplan eingehalten werde. Der Ton der Auseinandersetzung mit potentiellen Abweichlern wird seit den Präsidentschaftswahlen 2015 immer rauer. Schließlich liegt Bédié einiges daran, als treuer Koalitionspartner des Präsidenten Ouattara diesem noch in den verbleibenden Jahren bis 2020 den Rücken zu stärken, bis dann – so die Planung – die Macht im Staate wieder in die Hände der PDCI fällt.

Anlässlich der Parlamentswahlen bat Präsident Ouattara die Bevölkerung um eine starke Mehrheit für die Umsetzung seiner politischen Ziele. Seine Koalition, die RHDP, war bislang Inhaberin der absoluten Mehrheit im Parlament gewesen, da die Opposition 2011 die Parlamentswahlen boykottiert hatte. Die Spitzengremien der beiden Koalitionsparteien, PDCI und RDR, trafen im Vorfeld der Wahlen alle Vorkehrungen, um dem Präsidenten den Rücken zu stärken. Um weiter eine Majorität im Parlament zu sichern, mussten sich aus Sicht der beiden Parteipräsidenten Ouattara und Bédié beide Parteien gleichsam das Land und die Wahlkreise unter sich aufteilen. Damit sollte eine Konfrontation der Kandidaten der verbündeten Parteien verhindert werden. Entsprechend wurden die Listen bei vertraulichen Treffen der beiden Parteispitzen aufgestellt – ohne Mitwirkung der Basis und rein auf der Grundlage eines rechnerischen Machtkalküls. Am 13. November verkündete dann der Generalsekretär der PDCI, es werde eine gemeinsame Liste der PDCI und der RDR

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

Januar 2017

www.kas.de/westafrica

geben. Kandidaten wurden einfach Wahlkreisen zugeteilt, ohne Ansehen ihrer bisherigen (Nicht-)Erfolge oder ihrer lokalen Verwurzelung. Nach der Vorstellung der Parteispitzen entfielen 101 Wahlkreise an die PDCI, 135 an die RDR. Damit wurde ein Wettbewerb zwischen den beiden Parteien praktisch ausgeschlossen. Dies war ganz im Sinne der Spitze der PDCI, die den Kurs zu einer Einheitspartei verfolgt, die die großen Zeiten der Elfenbeinküste unter Felix Houphouët-Boigny, dem ersten Staatspräsidenten und Ikone der PDCI, zurückholen möchte. Auf dem Wege zur Einheitspartei müsse man Opfer bringen. Die PDCI-nahe Presse zitiert Felix Houphouët-Boigny, der die Ungerechtigkeit der Unordnung vorgezogen hätte¹. In der Folge stellte der Nominierungsprozess eine Machtprobe zwischen den Präsidenten und ihren Parteien dar. Die PDCI riskierte das Zerschlagen der Partei. Doch war man bereit den Preis zu zahlen, wenn die Mehrheit der Mitglieder damit in die Einheitspartei gezwungen werden konnten.

Das rigorose Vorgehen bei der Kandidatenaufstellung blieb jedoch nicht unwidersprochen. Der Widerstand in beiden Parteien kam prompt, laut und teilweise erfolgreich. Vor allem die Nicht-Nominierten in der PDCI reagierten verletzt.

« Ne touche pas à mon Jérémie! »

Selbst eines der Schlachtrösser und der Hauptfinanzier der PDCI, der Direktor des landesgrößten Weiterbildungsinstituts Pilier, Jérémie N'Gouan, Chef der deutsch-ivorischen Freundschaftsgruppe in der Nationalversammlung, fiel der Strategie der Parteispitze zum Opfer. Statt seiner durfte der Kabinettsdirektor des Präsidenten in den Wahlkampf ziehen. Dieser hatte bereits 2011 seinen Wahlkreis nicht erringen können, da er als „unsichtbar, unzugänglich und mit den lokalen Bedingungen nicht vertraut“ gilt. Am 14. und 15. November demonstrierten daraufhin große Teile der Bevölkerung spontan auf der Straße. Rote Bänder am Kopf oder um den Arm gebunden drückten sie ihren Unwillen aus.

Schließlich musste Bédié nachgeben und Jérémie, der Sympathieträger der Basis, durfte kandidieren.

In Yopougan, einem prekären Stadtteil von Abidjan, legte die komplette Parteispitze der PDCI ihre Ämter nieder, bis ihr bisheriger Abgeordneter wieder als Kandidat eingesetzt wurde. Die Parteijugend der PDCI wendete sich am 13. November 2015, dem Tag nach der Veröffentlichung der Listen, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Sie kritisierte das überzogene Entgegenkommen der RDR gegenüber und fragte kritisch, wie denn eine Renaissance der PDCI aussehen solle, die ohne jugendliche Abgeordnete stattfinde. Teilweise griffen die verschmähten Kandidaten zu radikalen Mitteln: nachdem der PDCI-Bürgermeister von Guyo erfahren hat, dass im Dezember statt seiner ein RDR-Mann für seinen Wahlkreis kandidieren sollte, ließ er kurzerhand das Dach der Parteizentrale in seinem Ort abdecken, um Parteiversammlungen zu verhindern.

Zusätzlich ließen sich nicht berücksichtigte bisherige Abgeordnete als Unabhängige Kandidaten aufstellen. Dies führte zu teilweise spektakulären Konfrontationen. In Cocody, einem der gutsituierten Stadtteile Abidjans, stellte sich Yasmina Ouégnin, bislang jüngste Parlamentsabgeordnete von 2011 bis 2016, dem Wählerwillen. Sie ist die Tochter des ehemaligen Protokollchefs des ersten Präsidenten der Côte d'Ivoire. Sie gilt als klug und umsichtig, und selbst die Parteispitze konnte ihren Entschluss nur mit der lauen Erklärung, dass dies eine souveräne Entscheidung der Partei sei, begründen. Trotz klar formulierter eigener Positionen hatte Yasmina, der Benjamin des bisherigen Parlaments, nie den radikalen Bruch mit ihrer Partei, der PDCI, vollzogen. Die RDR schickte Affoussiata Bamba-Lamine, Ministerin für Kommunikation und stellvertretende Regierungssprecherin, gegen Ouégnin ins Feld. Sie nahm den Kampfauftrag siegessicher an - und scheitert am 18. Dezember. In völliger Verkennung der Lage verkündet sie aber vorher noch über die sozialen Medien ihren Sieg. Die „parachutiste“, die Fallschirmspringerin, wie die Presse sie spöttisch nennt, verlor damit nicht nur den

¹ Notre Réveil, no 4427, 16. November 2016, S. 5.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

Januar 2017

www.kas.de/westafrika

Wahlkampf, sondern auch ihren Ministerposten.

Weichenstellungen für die 3. Republik

Beim Urnengang am 18. Dezember stellten sich annähernd 1300 Kandidaten zur Wahl. Die bisherigen kleineren Koalitionspartner UPCI (Union pour la Paix en Côte d'Ivoire) und UDPCI (Union pour la Démocratie et la Paix) in der RHDP hatten zwischenzeitlich verärgert das Wahlbündnis RHDP verlassen, da man ihnen nicht genügend Kandidaturen angeboten hatte. Die Diskussion über eine Vereinigung der beiden Parteien PDCI und RDR, wie sie noch vor einem Jahr öffentlich und parteiintern diskutiert worden war, ebnete vor den Wahlen ab. Nicht weiter verwunderlich, denn de facto zogen die durch die Parteispitzen autorisierten Kandidaten eh bereits auf dem Ticket „RHDP“ in den Wahlkampf und nicht für die jeweilige Partei. Auch prominente Wahlkampfunterstützer machten keinen Hehl mehr daraus, dass es für sie keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Parteien gibt. In dieser Situation definierten die Anhänger der Parteilinie auch unmissverständlich die Aufgaben eines Parlamentariers: Die Parlamentswahlen seien dafür da, die Vision des Präsidenten zu vollenden, damit er eine komfortable Mehrheit im Parlament habe und seine Vision mittels Gesetzen in die Tat umsetzen könne. Die Abgeordneten seien schließlich dazu da, um für diese Gesetze zu stimmen. Was als Vereinigung auf leisen Sohlen angedacht war, führte in beiden Parteien zu einer innerparteilichen Zerreißprobe und gänzlich unkalkulierbaren Situation, wie sie das Land in den letzten beiden Jahren nicht mehr gekannt hat. Das Vertrauen in die Parteiführung, insbesondere bei der PDCI, ist nachhaltig beschädigt.

Das Ergebnis der Wahlen vom 18. Dezember, die konfliktfrei abliefen, gestaltete das Parlament folgendermaßen: RHDP 167 Sitze (67,75 Prozent), Udpci 6 Sitze (2,26 Prozent), Upci 3 Sitze (1,18 Prozent), Fpi 3 (1,18 Prozent), Unabhängige 75 Sitze (29,53 Prozent). Von ca. 6,2 Millionen eingeschriebenen Wählern gingen nur 34 Prozent zur Wahlurne. 225 Männer und 29 Frauen konstituieren das erste Parlament

der Dritten Republik. Mehr als 5000 Wahlbeobachter bewerteten die Wahlen als friedlich, korrekt und inklusiv.

Neue Regierung - alte Rechnungen

Mit dem Beginn des Neuen Jahres und dem Amtsantritt einer neuen Regierung sollte nach dem Willen des ivoirischen Präsidenten und seines Koalitionspartners PDCI endgültig das Buch über die ivoirische Krise geschlossen werden. In der Nacht zum Freitag, dem 6. Januar, wurde aber deutlich, dass einzelne Gruppen weit davon entfernt sind, sich an das Drehbuch zu halten, das die maßgeblichen politischen Entscheider für die ersten Wochen 2017 geschrieben hatten.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag, den 6. Januar 2017 besetzten Soldaten die Durchgangsstraßen der zweitgrößten Stadt der Elfenbeinküste, Bouaké und strategisch wichtige Stellen. Sie übernahmen die Kontrolle der Stadt und unterbrachen damit die wichtigste Verkehrsachse der Elfenbeinküste. Die Meuterei wurde vor allem von ehemaligen Kämpfern der Forces Nouvelles getragen, der Rebellenarmee, die im Bürgerkrieg unter Kommando des heutigen Parlamentspräsidenten Guillaume Soro auf der Seite des derzeitigen Präsidenten Alassane Ouattara kämpften.

Die Unruhen griffen schnell auf die Städte Korhogo, Daloa, Daoukro und Odienné über. Am Samstag erfasste sie weitere Städte im Innern und Westen des Landes und schließlich Abidjan.

Die Meuterer forderten die ihnen gemachten Zusagen der Regierung Ouattara ein, wie z.B. eine Prämie, die ihnen während des Bürgerkrieges für den Kampf gegen den damaligen Präsidenten Laurent Gbagbo versprochen worden war². Ferner drängten sie auf eine angemessene Bezahlung und eine

² Die Integration der ehemaligen Kämpfer des Bürgerkrieges in die Armee und die staatliche Verwaltung scheint nicht so erfolgreich verlaufen zu sein, wie es die verantwortlichen Stellen immer reklamiert hatten. Einzelne Beobachter weisen zusätzlich darauf hin, dass hinter der Meuterei Militärs stehen könnten, die eng mit dem Parlamentspräsidenten Soro verbunden sind und Ouattaras Dankbarkeit einfordern wollten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITISCHER DIALOG

WESTAFRIKA

ELKE ERLECKE

Januar 2017

www.kas.de/westafrika

Anpassung der Besoldung, Bezahlung von Zulagen und eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten in der Armee. Nach Verhandlungen ging Ouattara auf die Forderungen ein.

Das schnelle Eingehen des Präsidenten auf die Forderungen der Ex-Kombattanten ist jedoch auch ein Signal für andere Gruppen (Polizei, Gendarmerie), ähnlich gelagerte Forderungen aufzustellen. Innerhalb von zwei Wochen entwickelte sich eine unkalkulierbare Situation. Seither greifen Streiks um sich. Gegner des Präsidenten sehen diesen in einem „gefährlichen Cocktail schwimmen“. Teile der Opposition fordern schon den Rücktritt Ouattaras und eine Transitionsregierung.

Am 18. Januar erklärte die Regierung nachträglich ihr Nachgeben. Der Regierungssprecher stellte klar, die Akteure der Unruhen hätten „2007 bis 2011 an Operationen teilgenommen, die den Prozess der Beendigung der Krise hatten absichern sollen.“ Die Abkommen von Ouagadougou 2007 und 2011 habe ihre Bezahlung durch das staatliche Budget vorgesehen. Im Gegensatz zu anderen Soldaten hätten aber die Forces Nouvelles in diesem Zeitraum kein Gehalt und keine Prämien erhalten (was von der kritischen Presse als relativ unwahrscheinlich angesehen wird). Es würden zudem jetzt auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Soldaten, Gendarmen und Polizisten ergriffen.

Angesichts des sich aufbauenden Druckes werden sowohl der Präsident als auch die Parteien des Landes nervös. Die PDCI fordert einen „konstruktiven sozialen Dialog“ - allerdings nur von den Streikenden. Sie ruft zum Gewaltverzicht auf und ermahnt eindringlich, nicht das Image des Landes zu beschädigen. Schließlich könne dies Investoren abschrecken. Ihre Parteijugend unterstreicht derweil selbstbewusst den Sieg der PDCI (!) in den Wahlen und preist deren geschichtliche Verdienste. Zur gegenwärtigen gespannten Lage äußert sie sich wenn, dann nur sporadisch.

Wenn auch der Wahlkampf im Dezember gemeinsam von PDCI und RDR geführt wor-

den war, weil es die Spitzen der Parteien so wünschten, sieht die Realität schon vier Wochen nach den Wahlen anders aus. In der Nationalversammlung gibt es zwei Fraktionen, eine der PDCI und eine der RDR. Eine Vereinigung der beiden Koalitionäre auf Parteiebene scheint mehr denn je weit entfernt.

Unbezahlte Rechnungen

Mehr und mehr politische Beobachter stellen sich die Frage, ob der Beginn der Unruhen vier Tage vor der Neubildung der Regierung nur ein Zufall war. Wollte der scheidende Parlamentspräsident Guillaume Soro (RDR), der mit den Forces Nouvelles Ouattara ab 2002 im Bürgerkrieg unterstützt hatte, eine Drohkulisse für den Fall aufbauen, dass der Präsident die ihm geschuldete Dankbarkeit vergessen würde? In jedem Fall ging seine Rechnung auf, er wurde wiedergewählt. Premierminister Daniel Kablan Duncan (PDCI) trat zurück, die Regierung demissionierte. Der Premier von gestern wurde anderntags von Ouattara zum Vizepräsidenten ernannt.

Premier und Regierungschef ist jetzt der Ex-Generalsekretär der Präsidentschaft, Ahmadou Gon Coulibaly (RDR), mit dem Ouattara dem Vernehmen nach auf Nummer Sicher geht. In der neuen Regierung findet sich kein Verbündeter des Parlamentspräsidenten Guillaume Soro mehr, dem allgemein Ambitionen auf das Amt des Präsidenten nachgesagt werden.

Als der ivoirische Präsident seine Neujahrsansprache 2017 hielt, stand er unter einem Foto von Charles de Gaulle aus dem Jahre 1958. Es fällt schwer zu glauben, dass dieses Bildprogramm nicht auch ein politisches Signal senden sollte. Hier wie dort präsentiert sich ein Staatsoberhaupt, das – verbunden mit einer deutlichen Stärkung seiner Stellung in der Verfassung – das Zeitalter einer neuen Republik einläutete. Die Bevölkerung in der Elfenbeinküste hat den Präsidenten 2015 wiedergewählt, weil er seinem Volk Sicherheit und Stabilität versprach. In den kommenden Wochen wird sich zeigen, wie er die Schatten bekämpft, die in die neue Ära hineinreichen.